

KDFB – INFORMATIONEN 2/2008



Aus Verbänden und Organisationen

Deutscher Frauenrat

- 2 Maßgeschneiderte Schönheit
- 2 Equal Pay Day: Wir brauchen vor allem Gesetze

Donum Vitae

- 3 Gegen umfassende Freigabe von Abtreibungen
- 3 Zahl der Beratungen leicht gestiegen

Familienbund

- 4 Neue Zeitpolitik für Familien
- 4 Familienbund fordert Kindergeld-Anhebung auf 300 Euro

Hildegardis-Verein

- 5 Cornterganstiftung fördert behinderte Studentinnen

Hilfsorganisationen

- 6 Mehr Gerechtigkeit für Frauen

Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV)

- 6 Katholische Verbände fordern gleichen Lohn für Frauen und Männer

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

- 7 KAB verlangt Gleichberechtigung

Kath. Familienverbände Europas

- 7 Europas katholische Familienverbände gegen Europarats-Bericht

medica mondiale

- 8 Frau Bundeskanzlerin, sagen Sie Nein zum Krieg gegen Frauen in der DR Kongo

Müttergenesungswerk (MGW)

- 10 Europas katholische Familienverbände gegen Europarats-Bericht

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)

- 10 Katholische Lehrerinnen gegen Straffreiheit bei Abtreibungen

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

- 11 Stichtagsverschiebung nicht gerechtfertigt

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner@t-online.de

Deutscher Frauenrat

Maßgeschneiderte Schönheit

Eine umfassende und sachgerechte Aufklärung bei Schönheitsoperationen fordert der Deutsche Frauenrat. Die Frauenlobby unterstützt die Forderungen des Bundestages, Missbräuche bei Schönheitsoperationen gezielt zu verhindern und Verbraucher umfassend zu schützen. Mehr Transparenz und Aufklärung im Bereich Schönheitsoperationen seien dringend nötig. „Der Gesetzgeber sollte den Handlungsrahmen für medizinisch nicht indizierte Operationen durch verbindliche Anforderungen gestalten“, so Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Neben dem Beratungsgespräch durch den Chirurgen sollte im Vorfeld ein unabhängiger Berater über mögliche Folgen aufklären. Beratung und Kontrolluntersuchungen nach der Operation müssten ebenfalls fester Bestandteil eines solchen Eingriffs werden. Darüber hinaus seien Qualitätsanforderungen an die ÄrztInnen und Kliniken zu stellen, die Schönheitsoperationen durchführen. Doch gesetzgeberische Maßnahmen allein reichen nicht aus: Es müsse ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über Schönheitsideale angeregt werden, und damit über Sinn und Unsinn solcher Eingriffe. (=> siehe hierzu auch Rubrik „Nachrichten“, Seite 10/11)

Wir brauchen vor allem Gesetze

Deutscher Frauenrat anlässlich des Equal Pay Days am 15. April

Am 15. April wird in Deutschland zum ersten Mal der Equal Pay Day begangen. Der internationale Aktionstag macht auf die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen aufmerksam. Initiiert wurde der Equal Pay Day in Deutschland vom Netzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany, Mitgliedsverband des deutschen Frauenrates, weitere Verbände unterstützen die Aktionen, unter anderem auch der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB).

„Frauen verdienen weniger, weil sie Frauenarbeiten verrichten, und Frauenarbeiten werden geringer bezahlt, weil sie von Frauen ausgeübt werden“, so Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. „In der geschlechtsspezifischen Aufteilung und Bewertung von reproduktiver und produktiver Arbeit konstituiert sie die diskriminierende Geschlechterhierarchie täglich neu: Trotz gestiegener Qualifikation von Frauen – wir alle wissen: so eine gut ausgebildete Frauengeneration wie heute gab es noch nie - trotz 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz, trotz beachtlicher Gleichberechtigungsgewinne, die wir auf vielen Gebieten errungen haben.“

Um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen, bräuchten Frauen nicht noch mehr Girls' Days oder andere Ermutigungsprogramme für das ‚Defizitmodell Frau‘. „Was wir brauchen, sind neue geschlechtergerechte Bewertungssysteme, wir brauchen neue Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und für die Privatwirtschaft, und wir brauchen vor allem Gesetze.“ Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG), für das sich der Deutsche Frauenrat lange eingesetzt hat, zeige für manche Fälle von Entgeltdiskriminierung bereits Erfolge.

Bereits seit 2002 fordert der Deutsche Frauenrat ein Gesetz zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots, das u. a. Tarifvertragsparteien und Unternehmen verpflichtet, ihren Entgeltsystemen diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungsverfahren und Arbeitsbewertungen zugrunde zu legen. „Und wir bleiben bei unserer Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft.“

Denn wir erleben täglich, dass freiwillige Verpflichtungen zu nichts führen. Gesetze aber durchaus,“ so die Vorsitzende der Lobby der Frauen, Brunhilde Raiser.

Ulrike Helwerth /gk

Hinweis

Zur Entgeltgleichheit siehe auch

- Antrag des BAS in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 5;
- Pressemitteilung des KDFB zum Equal Pay Day in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 11
- Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, Rubrik „Verbände“, Seite 6
- Rubrik „Nachrichten“, Seite 2 ff

Donum Vitae

Donum Vitae gegen umfassende Freigabe von Abtreibungen

Bonn (KNA) Vor einer umfassenden Freigabe von Abtreibungen auf europäischer Ebene warnt der Verein Donum Vitae (Geschenk des Lebens). Entsprechende Bestrebungen des Europarats nannte die Bundesvorsitzende Rita Waschbüsch „einen eklatanten Verstoß gegen Menschenwürde und Menschenrechte“. Staat und Gesellschaft würden sich auf diese Weise ihrer Verantwortung gegenüber den betroffenen Frauen entledigen. Donum Vitae unterstütze das grundsätzliche Ziel der Vorlage, möglichst viele Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden, heißt es in der Erklärung. Allerdings sei dieses Anliegen nicht nur über Verhütungsmittel und Präventionsarbeit zu erreichen. Mindestens genauso wichtig sei eine psychosoziale Pflichtberatung. Mit den in Deutschland geltenden Beratungsregelungen könne das Leben von Mutter und Kind im europaweiten Vergleich „noch am besten geschützt werden“. (KNA – 15. April 2008)

Hinweis

- siehe auch Pressemitteilung des KDFB in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 10
- Reaktion der Katholischen Familienverbände Europas, Seite 7
- Reaktion des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Seite 10
- Bericht in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 13

Donum Vitae: Zahl der Beratungen leicht gestiegen

Bonn (KNA) Einen leichten Anstieg der Schwangerenberatungen verzeichnet der Verein Donum Vitae (Geschenk des Lebens). Die Zahl der Beratungsfälle sei 2007 um 2,5 Prozent auf 40.242 angewachsen, teilte die von katholischen Laien gegründete Organisation in Bonn mit. Dazu kamen 3.716 Präventionsveranstaltungen zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Die Anzahl der Beratungsstellen in Deutschland stieg nach den Angaben um 2 auf 189.

(KNA – 6. März 2008)

Familienbund der deutschen Katholiken

Familienbund fordert neue Zeitpolitik für Familien

Lichtenfels (KNA) Der Familienbund der Katholiken hat an Politik und Wirtschaft appelliert, Familien mehr Zeit für Erziehung und Pflege einzuräumen. In vielen Unternehmen gebe es bisher keine flexiblen Arbeitszeitmodelle für Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger, sagte Familienbund-Präsidentin Elisabeth Bußmann bei der Bundesversammlung ihres Verbands im oberfränkischen Kloster Banz bei Lichtenfels.

Die Familienpolitik schenke dem Thema Zeit nach wie vor zu wenig Beachtung, bemängelte sie. Entsprechend zur Elternzeit sollten Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf bis zu drei Jahre Pflegezeit erhalten. Derzeit ist im Zuge der zum 1. Juli in Kraft tretenden Pflegereform vorgesehen, dass Angehörige von Pflegebedürftigen sich für eine Pflegezeit von maximal sechs Monaten von der Arbeit freistellen lassen können.

Ähnlich wie Bußmann äußerte sich die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm (CSU). „Wir müssen weg von der erwerbsfreundlichen Familienpolitik hin zur familienfreundlichen Erwerbspolitik“, betonte sie. Unternehmensberater Stefan Becker von der Hertie-Stiftung erklärte, im Wettbewerb um Fachkräfte seien Betriebe mit einer familienbewussten Unternehmenskultur besser aufgestellt. (KNA – 12. April 2008)

Familienbund fordert zügige Kindergeld-Anhebung auf 300 Euro

Berlin (KNA) Der Familienbund der Katholiken hat die sofortige Anhebung des Kindergeldes auf 300 Euro je Kind gefordert. Die Erhöhung sei überfällig und dürfe „nicht länger bloßes Lippenbekenntnis von Politikern bleiben“, erklärte Familienbund-Präsidentin Elisabeth Bußmann in Berlin. Angesichts der Inflationsrate der vergangenen Jahre dürfe die Politik Eltern nicht länger „mit einem vagen Versprechen auf eine Kindergelderhöhung im Jahr 2009 vertrösten“.

Familien bräuchten jetzt eine deutliche finanzielle Entlastung, so Bußmann. Einen entsprechenden Beschluss zum Kindergeld hatte die Bundesversammlung des größten deutschen Familienverbandes zum Abschluss ihres Treffens im oberfränkischen Kloster Banz verabschiedet. Der Familienbund verwies auf massiv gestiegene Lebenshaltungskosten. Deshalb solle die Politik den Steuerfreibetrag für die Lebenshaltungskosten von Kindern erhöhen und den für Erwachsene, der derzeit bei rund 8.000 Euro liegt, angleichen. Entsprechend zu den Auswirkungen des Freibetrags im Spitzensteuersatz müsse das Kindergeld auf 300 Euro steigen. Bußmann betonte, das Kindergeld sei zum größten Teil Ausgleich für zuviel gezahlte Steuern der Eltern. Diese hätten ein Recht auf Kindergeld in angemessener Höhe. Seit dem Jahr 2000 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind 154 Euro, für jedes weitere liegt es seit rund zwölf Jahren bei 179 Euro.

(KNA – 14. April 2008)

Hildegardis-Verein

Conterganstiftung fördert behinderte Studentinnen

Die Conterganstiftung hat ein bundesweites Projekt gestartet, um die Karriere behinderter Studentinnen zu fördern. Bei dem Mentoring-Programm sollen ältere Akademikerinnen jüngere fünf Jahre lang auf dem Bildungsweg begleiten und beraten, wie die Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Regina Schmidt-Zadel, am 16. Mai bei einer Pressekonferenz in Bonn sagte. An dem Projekt könnten sowohl behinderte und nicht-behinderte Studentinnen als auch behinderte und nicht-behinderte Frauen und Männer mit abgeschlossenem Hochschulstudium teilnehmen.

Das 856.000 Euro teure Programm „Empowerment durch Mentoring“ wird vom katholischen Hildegardis-Verein in Bonn durchgeführt. Durch die individuelle Begleitung sollten die jungen Frauen in ihrem Durchhaltevermögen bestärkt werden, sagte Schmidt-Zadel. Behinderte stünden im Studium vor großen technischen, organisatorischen und mentalen Problemen und hohem Mehraufwand. Es gehe nicht nur um Mitschreibhilfen, Gebärdendolmetscher oder Fahrdienste, sondern um persönliche Ermutigung.

„Mentoring ist ein in der Wirtschaft bekanntes und an zahlreichen Universitäten adaptiertes Instrument der Berufs- und Karriereförderung. Spezielle Mentoring-Programme für Studentinnen mit Behinderung wurden bislang jedoch noch nicht aufgelegt“, so Eva-Maria Welskop-Deffaa, Stellvertretende Vorsitzende des Hildegardis-Vereins. Nach einer Erhebung des Hildegardis-Vereins von 2007 studieren behinderte Frauen deutlich seltener als nicht-behinderte. Grund sei die oft prekäre Finanzsituation sowie mangelnde individuelle Begleitung; bei Beratungsangeboten an Hochschulen gehe es meist um praktische Hilfsangebote, aber selten um Fragen des Bildungswegs, so dass vielen Behinderten der Mut zum Studium fehle.

Bundesweit gibt es rund 4 Millionen behinderte Mädchen und Frauen. 19 Prozent der 1,8 Millionen Studierenden haben eine Behinderung oder sind chronisch krank. „Wir richten also unsere Aufmerksamkeit auf eine Personengruppe, die keineswegs so klein ist, wie gelegentlich angenommen, die aber mit Herausforderungen konfrontiert ist, die in ihrer Quantität und Qualität im regulären Hilfeangebot noch nicht adäquat berücksichtigt wird“, begründet Welskop-Deffaa das Vorhaben. „Der Hildegardis-Verein verfolgt bei der Tandembildung bewusst den integrativen Ansatz des voneinander Lernens. Als MentorInnen sind berufserfahrene Akademikerinnen und Akademiker mit Contergan-Schädigung, mit anderen Handicaps sowie ohne Behinderung eingebunden. Entsprechend können sich um die Förderung als Mentee Studentinnen mit und ohne Handicap bewerben.“ Zielgruppe sind Studentinnen, die ihren Bildungsweg reflektieren, die bereit sind, persönlich Stellung zu beziehen und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Eine der Mentorinnen wird Birgit Edler sein. Sie ist eines der ersten Opfer von Contergan. Von 1980 bis 1984 studierte sie Diplom-Sozialpädagogik an der Universität Münster. Nach ihrem Studium engagierte sie sich in der Behindertenbewegung und war Mitbegründerin des Vereins „Ambulante Dienste e.V.“, in dem sie seit 1985 auch hauptberuflich beschäftigt ist. Neben Studium und Beruf war und ist sie politisch und sozial aktiv. „Ich unterstütze das Projekt als Mentorin, weil ich als Betroffene weiß, mit welcher großen Anstrengung es als Frau mit einer Behinderung verbunden ist, ein Studium zu bewältigen, und weil ich selbst erfahren habe, wie wichtig ei-

ne persönliche Unterstützung und Ermutigung durch selbst Betroffene für den eigenen Lebensweg ist“, so Birgit Edler.

An dem auf drei Jahre angelegten Projekt können 120 Personen teilnehmen. Je eine Mentorin und eine Mentee bilden für die Dauer eines Jahres ein „Tandem“. Die öffentliche Ausschreibung für die erste Mentoringphase erfolgt im Sommer 2008. Die Bewerbungsfrist endet im Herbst.

KNA / Gabriele Klöckner

Hinweis

Näheres im Internet unter www.hildegardisverein.de oder www.mentoring-projekt.de

Informationen und Bewerbungsunterlagen können beim Hildegardis-Verein e.V., Wittelsbachererring 9, 53115 Bonn, E-Mail: post@hildegardis-verein.de angefordert werden.

Hilfsorganisationen

Hilfsorganisationen fordern mehr Gerechtigkeit für Frauen

Bonn (KNA) Anlässlich des Weltfrauentags fordern Nichtregierungsorganisationen einen verstärkten Einsatz für die Geschlechtergerechtigkeit. So wies der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in Bonn darauf hin, dass Frauen nach wie vor am stärksten von Armut betroffen seien. Auch die Hilfsorganisationen SOLWODI und World Vision beklagten eine anhaltende Diskriminierung von Frauen weltweit.

Nach Angaben von VENRO leisten Frauen zwei Drittel aller Weltarbeitsstunden, erhalten dafür aber nur zehn Prozent des globalen Einkommens. „Nur wenn die Frauenarmut bekämpft wird, kann eine Reduzierung der weltweiten Armut erreicht werden“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende Christa Randzio-Plath.

Das christliche Hilfswerk World Vision wies darauf hin, dass weltweit jeden Tag rund 70.000 minderjährige Mädchen gegen ihren Willen verheiratet werden. Die Frauenhilfsorganisation SOLWODI beklagte, dass auch Frauen in Deutschland von Zwangsheirat betroffen seien. Viele von ihnen litten zudem unter häuslicher Gewalt. Es sei wichtig, dass insbesondere Ärzte und Polizeibeamte für die Notsituationen betroffener Frauen sensibilisiert seien, um sie angemessen unterstützen zu können. (KNA – 6. März 2008)

Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV)

Katholische Verbände fordern gleichen Lohn für Frauen und Männer

Essen/Köln (KNA) Katholische Verbände fordern die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. „Unsere hoch spezialisierte Gesellschaft braucht bestens ausgebildete und motivierte Frau-

en. Ein gutes Gehalt ist ein Anreiz, sich aus- und weiterzubilden“, sagte der Vorsitzende des Verbands der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (KKV), Clemens-August Krapp, in Essen. Die Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbunds (KDFB), Ingrid Fischbach, erklärte in Köln: „Für gleichwertige Arbeit sollen Frauen genau so viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen.“

Laut Studien verdienen Frauen in Deutschland immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen, so der KKV. Diese Ungleichheit beginne meist schon am Anfang der Karriere. Die Verbände äußerten sich zum „Equal Pay Day“ am 15. April. Der von einem Aktionsbündnis aus Wirtschaft und Frauenverbänden veranstaltete Tag unter dem Motto „Bekommen Sie, was Sie verdienen?“ soll bundesweit auf geschlechtsspezifische Lohnunterschiede hinweisen. Unterstützt wird die Initiative auch von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU).

(KNA – 14. April 2008)

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

Arbeitnehmer-Bewegung verlangt Gleichberechtigung

Köln (KNA) Zum Internationalen Frauentag hat die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) die Gleichberechtigung der Geschlechter angemahnt. Diese sei erst dann erreicht, wenn Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhielten, erklärte die KAB-Bundesvorsitzende Birgit Zenker in Köln. Immer noch lägen die Löhne der Frauen bis zu 20 Prozent unter denen der Männer. Vom derzeitigen Aufschwung würden die Frauen ausgeschlossen, kritisierte Zenker. Und „trotz des eher bescheidenen Erfolgsmodells Elterngeld“ bleibe Familie weiter Frauensache. Zudem betonte die Vorsitzende: „Frauen sind es, die 400-Euro-Jobs machen, Frauen sind es, die fast ausschließlich Teilzeit arbeiten und Frauen sind es, die aufgrund ihrer niedrigeren Arbeitslöhne und verstärkt unterbrochener Erwerbsarbeitsbiografien im Alter in Armut leben müssen.“ Zenker forderte neben gerechten Löhnen eine eigenständige Alterssicherung für Frauen. Enttäuscht zeigte sie sich über Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Trotz ihrer Wahl zur Kanzlerin habe es keine Wende für mehr Gerechtigkeit gegeben.

(KNA – 7. März 2008)

Katholische Familienverbände Europas (FAFCE)

Europas katholische Familienverbände gegen Europarats-Bericht

Berlin (KNA) Die katholischen Familienverbände Europas (FAFCE) haben sich gegen einen Berichtsentwurf des Europarats zum Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen. An die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Staatenbundes appellierte FAFCE-Präsidentin Elisabeth Bußmann, den Bericht abzulehnen.

Bußmann sagte, das Recht auf Leben auch des Ungeborenen sei ein unverrückbarer Eckpfeiler der Menschenwürde. In dem Berichtsentwurf sei aber weder vom Recht der Frauen auf umfas-

sende Beratung und Unterstützung, noch vom Recht des Kindes auf Leben die Rede. Statt den Bericht anzunehmen, solle der Europarat umfassende Unterstützungsmaßnahmen für Frauen in Schwangerschaftskonflikten einfordern, so Bußmann.

Die Europarats-Staaten werden in dem Berichtsentwurf aufgerufen, alle Hindernisse abzubauen, die rechtlich oder in der Praxis den Zugang zu risikofreien Schwangerschaftsabbrüchen erschweren. In dem Berichtsentwurf der österreichischen Sozialdemokratin Gisela Wurm heißt es aber auch, dass Abtreibung kein Mittel der Familienplanung sei. Es müssten so viele Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden wie möglich. Der vom Gleichstellungsausschuss der Parlamentarischen Versammlung gebilligte Bericht stieß auf Widerspruch vor allem Polens und Malτας. (*KNA – 15. April 2008*)

medica mondiale

Frau Bundeskanzlerin Merkel, sagen Sie nein zum Krieg gegen die Frauen in der DR Kongo!

Köln, 7. März 2008. In einem Offenen Brief fordert die Frauenrechtsorganisation medica mondiale von Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine Schlüsselrolle im Einsatz gegen die Gewalt an Frauen in der Demokratischen Republik (DR) Kongo einzunehmen. In dem Land sind trotz Friedensvertrag und dem jüngsten Friedensabkommen von Goma Frauen und Mädchen fortwährend extremer Gewalt ausgeliefert.

Die Gewalt, die seit vielen Jahren an den kongolesischen Frauen begangen wurde und wird, ist beispiellos: In der Krisenprovinz Kivu haben Kriegsparteien aller Couleur schätzungsweise jede dritte Frau vergewaltigt. Viele der Frauen wurden gefoltert und erlitten zum Teil lebensbedrohliche innere Verletzungen. Nur die wenigsten haben Zugang zu medizinischer und psychologischer Hilfe. Von juristischer Unterstützung ganz zu schweigen, denn für Vergewaltiger herrscht in der DR Kongo weitgehend Straffreiheit.

„Die meisten Überlebenden müssen über die Taten schweigen und sie leben vollständig isoliert“, so die Geschäftsführerin von medica mondiale, Monika Hauser. „Das ist auch Ausdruck der internationalen Gleichgültigkeit, denn alle lassen zu, dass die Täter den Frauen mit Vergeltungen drohen können und die Dorfgemeinschaften und Familien die Frauen ausstoßen.“ Die Einordnung der Gewalttaten an Frauen als banaler Kollateralschaden in Kriegsgeschehen sei ein Skandal. Obwohl bereits im Oktober vergangenen Jahres die Sonderbeauftragte der UN, Yakin Ertürk, erklärt habe, dass die Situation für die Frauen in der Provinz Südkivu die schlimmste Krise weltweit sei, blieben die tausendfachen Angriffe auf die Frauen folgenlos.

Auch die deutsche Politik bleibe unerträglich stumm. „Die Bundesregierung steht nach eigenen Angaben im ‚engen politischen Dialog‘ mit der Regierung Kabila, so auch zum Schutz der Menschenrechte – sind Frauen davon ausgenommen?“, so Monika Hauser. „Bundeskanzlerin Merkel muss um ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen eine Schlüsselrolle im Einsatz gegen die Gewalt an Frauen einnehmen.“ Bei einem sogenannten „potenziellen Partnerland“ Deutschlands müsse doch von einem erheblichen Einfluss der Bundesregierung auf die DR Kongo ausgegangen werden.

Als Gubernation müsse Deutschland seine politische und finanzielle Macht nutzen, um für Schutz und Gerechtigkeit für die Frauen zu sorgen. Aktuell sieht die Bundesregierung eine Intensivierung des Engagements vor: Über den so genannten „Fonds pour la consolidation de la paix“ soll das Land mit bis zu 50 Millionen Euro (sogenannte Friedensdividende) von 2007 bis 2009 gefördert werden. „Werden dadurch auch die vergewaltigten und gefolterten Frauen Hilfe erwarten können? Alle Zahlungen müssen an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft werden. Und es muss ausgewiesene Gelder für die Unterstützung von Frauen geben – neben der Förderung von Nationalparks mit seltenen Berggorillas“, fordert Monika Hauser. Die PolitikerInnen in der DR Kongo müssten veranlasst werden, ein angemessenes Handlungskonzept zur Bekämpfung von Gewalt vorzulegen – mittels eines nationalen Aktionsplans müsse die Regierung auf allen Ebenen konkrete Strategien zum Schutz der Frauen aufzeigen. Das Rechtswesen müsse umfassend reformiert werden, damit die Opfer von sexualisierter Gewalt endlich ihre Fälle vor Gericht bringen können. „Die Täter müssen wissen, dass sie für Vergewaltigung eine hohe Strafe zu erwarten haben.“ Das Internationale Strafrecht, das im Statut des Internationalen Strafgerichtshofs festgehalten ist, müsse in nationales Recht umgesetzt werden, damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, Sexualverbrechen eingeschlossen, auch in der DR Kongo verfolgt werden können.

Die Frauen bräuchten dringlich Zugang zu medizinischer und psychologischer Unterstützung; etwa 30 Prozent der Vergewaltigungsopfer sind mit HIV infiziert. Außerdem müsse nationales und internationales Militär-Personal als Teil des Problems spezielle Schulungen zu Internationalen Menschenrechtsstandards mit Fokus auf die Zero-Tolerance-Haltung gegenüber sexualisierter Gewalt und Ausbeutung erhalten. Insgesamt stelle die anhaltende Gewalt eine extreme Menschenrechtsverletzung dar, die innere Sicherheit und Frieden in der Region nachhaltig gefährdeten, unterstreicht Hauser. „Frau Bundeskanzlerin Merkel, Ihr bisheriger Einsatz für die Menschenrechte ist anerkennenswert – machen Sie deutlich, dass auch die Frauen in der DR Kongo unter den Schutz der Menschenrechte fallen.“

medica mondiale unterstützt seit 2004 die kongolesische Frauenrechtsorganisation PAIF (Promotion et appui aux initiatives féminines) in der Region Kivu bei der medizinischen Erstversorgung und psychischen Stabilisierung überlebender Frauen. In Kooperation mit PAIF wird derzeit in der ostkongolesischen Stadt Goma ein interdisziplinäres Zentrum als Anlaufstelle für Überlebende sexualisierter Gewalt aufgebaut und das Angebot psychosozialer Beratung und Unterstützung beim Ausbau von Selbsthilfestrukturen in den ländlichen Gebieten um die Stadt Kalehe ausgeweitet. Angesichts der akuten Zuspitzung hat medica mondiale außerdem Nothilfe geleistet für Operationen von Verletzungen durch Vergewaltigungen sowie für den Kauf von Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Hinweis

Weitere Informationen im Internet unter www.medicamondiale.org

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) haben im Dezember eine Pressemitteilung heraus gegeben, in der die beiden Frauenverbände zum Handeln gegen die grausamen Gewaltexzesse gegen Frauen und Mädchen im Ostkongo aufgerufen hatten (=> siehe www.frauenbund.de). Politikerinnen und Politiker haben auf diese Pressemitteilung reagiert (=> siehe Rubrik „Dokumentation“, Seite 13 ff).

Müttergenesungswerk (MGW)

Nur fünf Prozent der Mütter nutzen Kuren

Berlin (KNA) Der Bedarf an Kuren für deutsche Mütter ist nach einer Studie des Muttergenesungswerks (MGW) längst nicht gedeckt. Bundesweit hätten 2,1 Millionen Frauen wegen andauernder Belastungen Anspruch auf eine Kur. Jedoch nehmen nur jede 20. die Vorsorge- und Rehabilitationsangebote in Anspruch, sagte die MGW-Kuratoriumsvorsitzende Marlene Rupprecht. Laut MGW nutzten im vorigen Jahr 43.000 Mütter und 63.000 Kinder Kuren, 23 Prozent mehr als 2006. Grund für den Anstieg sei die jüngste Gesundheitsreform, durch die entsprechende Maßnahmen für Mütter zu Pflichtleistungen der Krankenkassen wurden, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete.

Die Zahlen lägen damit wieder auf dem Stand von 2003. Deshalb sei die Freude verhalten, sagte MGW-Geschäftsführerin Anne Schilling. „Angesichts des extrem hohen Bedarfs erfassen wir nur die Spitze des Eisbergs.“ Jede fünfte Frau wisse gar nicht, dass sie Kuren beantragen könne. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels müsse auch über eine Ausweitung des Kur-Anspruchs auf pflegende Angehörige gesprochen werden, sagte Rupprecht. Laut Studie bräuchte von den derzeit eine Million Pflegenden jeder Dritte dringend eine Kur oder Reha-Maßnahme.

Anlässlich des Beginns der bundesweiten Haus- und Straßensammlungen um den Muttertag Mitte Mai sagte die MGW-Schirmherrin Eva Luise Köhler, gesunde Mütter seien eine wichtige Stütze der Gesellschaft. Die Spende am Muttertag sei eine große Hilfe für Mütter und ihre Kinder. Laut MGW sammelten die angeschlossenen Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen und sonstige Initiativen 2007 rund 760.000 Euro. Das Spendenaufkommen sei seit Jahren rückläufig. Insgesamt beträgt das MGW nach eigenen Angaben pro Jahr 130.000 Mütter und Väter in 1.400 Beratungsstellen. Jede zweite Beratung führe zu einer Kur. (KNA 22. April 2008)

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)

Katholische Lehrerinnen gegen Straffreiheit bei Abtreibungen

Essen (KNA) Als „lebensfeindlich und zukunftsvernichtend“ hat der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) das Votum der Parlamentarischen Versammlung des Europarats für eine straffreie Abtreibung in allen 47 Mitgliedsländern verurteilt. Es sei verantwortungslos und machthungrig, das Lebensrecht der Ungeborenen dem Mehrheitsdiktat zu unterstellen, so die VkdL-Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Zudem seien alle Änderungsanträge, die auf den massiven Eingriff in das Lebensrecht ungeborener Kinder hingewiesen hatten, abgeschmettert worden.

Die Parlamentarische Versammlung hatte am 16. April einen entsprechenden Bericht der österreichischen sozialistischen Parlamentarierin Gisela Wurm mit 102 Ja-Stimmen, 69 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen gebilligt. Kritische Änderungsanträge wurden durchgängig mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. (KNA – 18. April 2008)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

ZdK-Präsident Meyer: Stichtagsverschiebung nicht gerechtfertigt

Die Entscheidung des Deutschen Bundestages, den Stichtag für den Import von menschlichen embryonalen Stammzellen, zu deren Gewinnung Embryonen getötet wurden, einmalig zu verschieben, hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, mit großer Enttäuschung aufgenommen.

„Wir haben vor dieser Entscheidung gewarnt, weil wir sie in der Sache für nicht gerechtfertigt und mit Blick auf den Lebensschutz in der biomedizinischen Forschung für das falsche Signal halten“, so Meyer wörtlich. „Heute ist der Tag, an die Erfahrung zu erinnern: 'In vorübergehenden Vorteilen stecken oft bleibende Nachteile.' Wir danken denjenigen Abgeordneten, die sich in den vergangenen Monaten und auch heute für die Beibehaltung des jetzigen Stichtags eingesetzt haben. Jetzt kommt es darauf an, dafür Sorge zu tragen, dass die Stichtagsregelung nicht zur 'Wanderdüne' wird. Denn mit dieser Entscheidung werden Begehrlichkeiten größer werden, menschliche Embryonen generell für Forschungszwecke nutzen zu können. Dem werden wir mit aller Entschiedenheit widersprechen, denn die Substanz des geltenden Embryonenschutzgesetzes darf nicht weiter ausgehöhlt werden.“

Die ethischen Herausforderungen der Biomedizin müssten Gegenstand breiter gesellschaftlicher Debatten bleiben, forderte Meyer. Hierfür werde sich das ZdK auch weiterhin einsetzen.

(PM des ZdK – 11. April 2008)

Hinweis

- Siehe auch Pressemitteilung des KDFB in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 9
- Berichte und Meldungen in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 11 ff